

LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN Ortsverwaltung Biebrich (100400)		
27. JULI 2021		
100400	100410	
100411	100412	100413
OBR-Fraktionspost Nr.		15



Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

Ortsbeirat des Ortsbezirkes
Mainz-Amöneburgüber
100400
 . Juli 2021

Vorlagen-Nr. 21-O-24-0003

TOP 4 der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Amöneburg am 15. Juni 2021
-Parksituation in der Hilgerstraße und Umgebung (AUF)-
Beschluss 0030Sehr geehrter Herr Meier,
sehr geehrte Damen und Herren,

zurzeit wird im Auftrag der ESWE Verkehr ein Parkraummanagementkonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgestellt. Ziel dieses Konzepts ist es eine Parkraumbewirtschaftung über die siebzehn bestehenden Parkschein- und Bewohnerparkausweiszonen der Kernstadt hinaus auch auf die Vororte auszudehnen.

Dazu werden zurzeit Gebiete in den Vororten priorisiert, in denen eine neuartige Parkzone eingerichtet werden soll, wo Verkehrsteilnehmer*innen entweder mit einem Bewohnerparkausweis oder mit einem Parkschein gleichberechtigt auf den vorhandenen Parkflächen stehen dürfen.

Um diese Parkflächen zu kontrollieren ist auch eine Erhöhung der Anzahl der Ordnungskräfte geplant, was erstmals eine systematische Kontrolle vieler Wiesbadener Vororte ermöglichen würde. Damit könnten Falschparker aus den Parkzonen verdrängt und sichergestellt werden, dass nur berechnigte Anwohner und Inhaber gültiger Parkscheine in diesen Gebieten parken. Als Nebeneffekt würden von den zusätzlichen Ordnungskräften auch die Gehwege, Sperrflächen, Grenzmarkierungen und Feuerwehzufahrten dauerhaft mit überwacht. Im Rahmen dieses Konzepts werden unter anderem auch die vorhandenen Verkehrsflächen in Amöneburg untersucht.

Nach Abschluss des Gesamtkonzepts wird der Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung priorisierten Parkzonen für die Vororte empfohlen. Da dieses Konzept noch in der Bearbeitung ist, werden Sie gebeten, die Ergebnisse dieser Arbeit abzuwarten.

Ich möchte Sie jedoch darauf hinweisen, dass mittlerweile in vielen Stadtgebieten ein hoher Parkdruck besteht und dass es generell kein Anrecht für Anwohner gibt, ihr Fahrzeug in unmittelbarer Nähe zur Wohnung abzustellen.

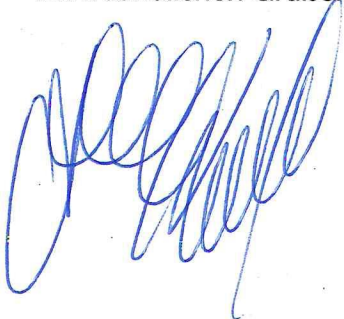
Das „Pariser Modell“ wurde im Jahr 2016 als Möglichkeit eingeführt, um mittels der Aufstellung von temporären Haltverbotsschildern die Straßenzüge effektiv zu reinigen. Dieses Modell zu verwenden um eine Entlastung der Parksituation zu erreichen, ist rechtlich nicht haltbar.

Zurzeit sind die neunundfünfzig Ordnungspolizeibeamtinnen und -beamte der Kommunalen Verkehrspolizei für die Überwachung von 14 Millionen Quadratmeter Verkehrsfläche innerhalb der Ortsgrenzen der politischen Gemeinde Wiesbaden im Einsatz. Wenn man die Anzahl der Einsatzkräfte mit der Größe des Stadtgebietes vergleicht, wird schnell klar, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden zurzeit zu wenige Kräfte im Einsatz hat, um alle Parkverstöße zu verhindern. Erschwerend kommt noch hinzu, dass momentan ein Großteil der verfügbaren Einsatzkräfte des Straßenverkehrsamtes bei den diversen Umleitungen rund um die Salzachtalbrücke im Einsatz sind und deshalb für eine systematische Kontrolle des ruhenden Verkehrs nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund bin ich der Überzeugung, dass nur eine nachhaltige Veränderung der Parkraumbewirtschaftung und ein Umdenken der Bürger bei der Wahl ihres Verkehrsmittels einen Ausweg aus der Parkmisere bringen kann. Diesen Prozess zu begleiten und umzusetzen ist das Ziel meiner politischen Agenda.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Beck vom Straßenverkehrsamt unter der Telefonnummer 0611 31-3803 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and flourishes, positioned below the text 'Mit freundlichen Grüßen'.